

# infas Studie

## Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lebenssituation der Bevölkerung

**Trotz der erheblichen Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigt sich die Bevölkerung resilient und kann der aktuellen Situation teilweise sogar positive Aspekte abgewinnen. Die massiven Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft werden klar erkannt, mit den unmittelbaren persönlichen Auswirkungen gehen die Bürger allerdings besonnen um. Es zeigt sich aber auch: Die Bevölkerung ist nicht gleichermaßen betroffen. Menschen mit niedriger Lebenslage sind deutlich verunsicherter und besorgter als solche mit mittlerer oder hoher Lebenslage.**

Bonn, Mai 2020 – Wie nimmt die Bevölkerung in Deutschland die Corona-Pandemie wahr? Welche Auswirkungen erfahren die Menschen ganz konkret in verschiedenen Lebensbereichen? infas geht diesen Fragen in einer auf Dauer angelegten Studie nach. Grundlage der Analysen ist eine bundesweit repräsentative Telefonbefragung der deutschen Wohnbevölkerung ab 18 Jahren mit rund 1.000 Befragten pro Monat. Die vorliegenden Ergebnisse stammen aus der Erhebung im Monat April. Ob diese Ergebnisse in den kommenden Wochen Bestand haben, wird die weitere kontinuierliche Messung zeigen.

### **Inhalt:**

Die soziale Ungleichheit und Corona	2
Persönliche Sorgen in der Corona-Krise	3
Zukunftserwartungen für die kommenden sechs Monate	4
Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft	4
Umfassendes oder eingeschränktes Kontaktverbot?	7
Die Arbeitsplatzsituation während der Pandemie	7
Die Kinderbetreuung ohne Kita und Schule	8
Einkaufen während der Corona-Pandemie	8
Hinweise zur Erhebung	8

infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

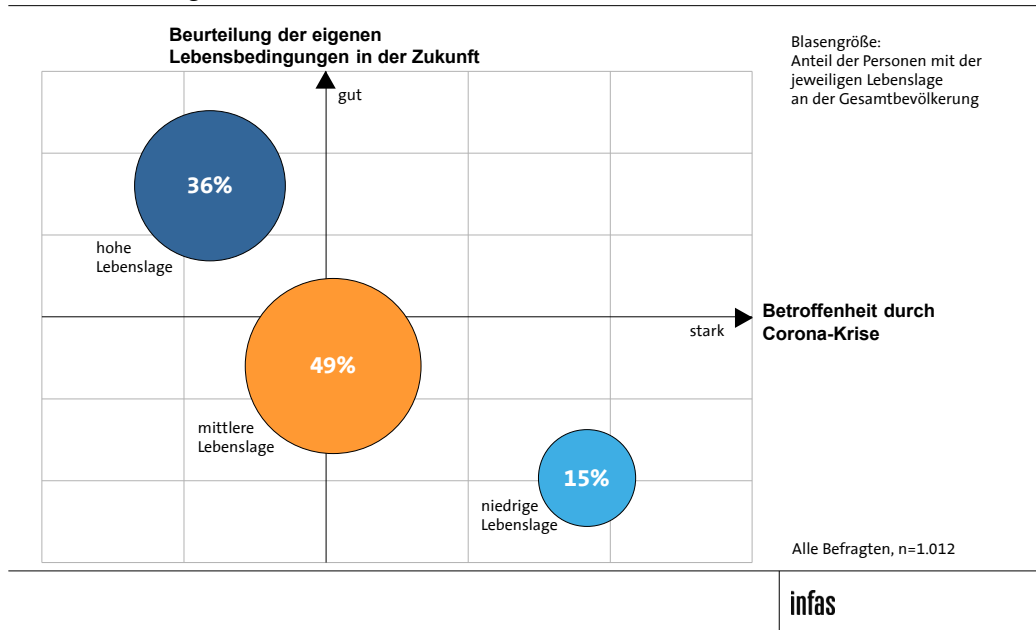
Friedrich-Wilhelm-Straße 18  
D-53113 Bonn  
Tel. +49 (0)228/38 22-0  
Fax +49 (0)228/31 00 71  
info@infas.de  
www.infas.de

## Die soziale Ungleichheit und Corona

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie trifft die Bevölkerung nicht gleichermaßen. Der infas-Lebenslagenindex, ein seit 2007 erhobener Sozialindikator für die Bundesrepublik, beobachtet auf Basis kontinuierlicher Erhebungen die gesellschaftliche Ungleichheit. Er berücksichtigt die wirtschaftlichen Lebensbedingungen, die gesellschaftliche Teilhabe, die Einschätzung der eigenen Lage und die Zukunftserwartungen. Differenziert wird im Folgenden nach niedriger, mittlerer und hoher Lebenslage.

Die Bevölkerung mit einer hohen Lebenslage (LL) hat deutlich weniger Angst davor, sich am Corona-Virus anzustecken (29 Prozent) als die mit mittlerer (38 Prozent) oder niedriger (41 Prozent) Lebenslage. Vermutlich, weil sie zuversichtlicher ist, eine gute medizinische Versorgung zu erhalten, denn gerade einmal 4 Prozent der Bevölkerung mit hoher Lebenslage befürchtet fehlende Hilfe im Falle einer Erkrankung (mittlere LL: 23 Prozent, niedrige LL: 27 Prozent). Die Einschränkungen im täglichen Leben belasten jene mit niedriger Lebenslage deutlicher (41 Prozent) als die mit mittlerer (28 Prozent) oder hoher (19 Prozent) Lebenslage. Fast die Hälfte (47 Prozent) der Bevölkerung mit niedriger Lebenslage leidet an Einsamkeit, aufgrund des selteneren Kontakts zu anderen Menschen. In dem Segment der mittleren und hohen Lebenslage, sind es nur rund ein Drittel (27 bzw. 31 Prozent).

### Betroffenheit durch Corona und Zukunftseinschätzung nach Lebenslage



Eine Einschränkung des Lebensstandards in den kommenden sechs Monaten fürchten in der Bevölkerung mit hoher Lebenslage 31 Prozent (mittlere LL: 53 Prozent, niedrige LL: 60 Prozent). Analog schließen Personen mit hoher Lebensla-

ge im Gegensatz zur restlichen Bevölkerung ernsthafte Geldprobleme praktisch völlig aus (nur 3 Prozent haben diese Sorge), wohingegen sie in der Gruppe mit niedriger Lebenslage sehr ausgeprägt ist (35 Prozent). Auch die Sorge, arbeitslos zu werden ist ausgeprägter (niedrige LL: 26 Prozent, mittlere LL: 10 Prozent, hohe LL: 3 Prozent)

Das Vertrauen in staatliches Handeln ist in der Bevölkerung mit niedriger Lebenslage gering. Während mehr als jeder Zweite (52 Prozent) mit niedriger Lebenslage überzeugt ist, dass aufgrund der Corona-Krise die Renten nicht mehr sicher sind, sind es bei den Menschen mit mittlerer Lebenslage nur 24 Prozent und mit hoher Lebenslage gerade einmal 19 Prozent.

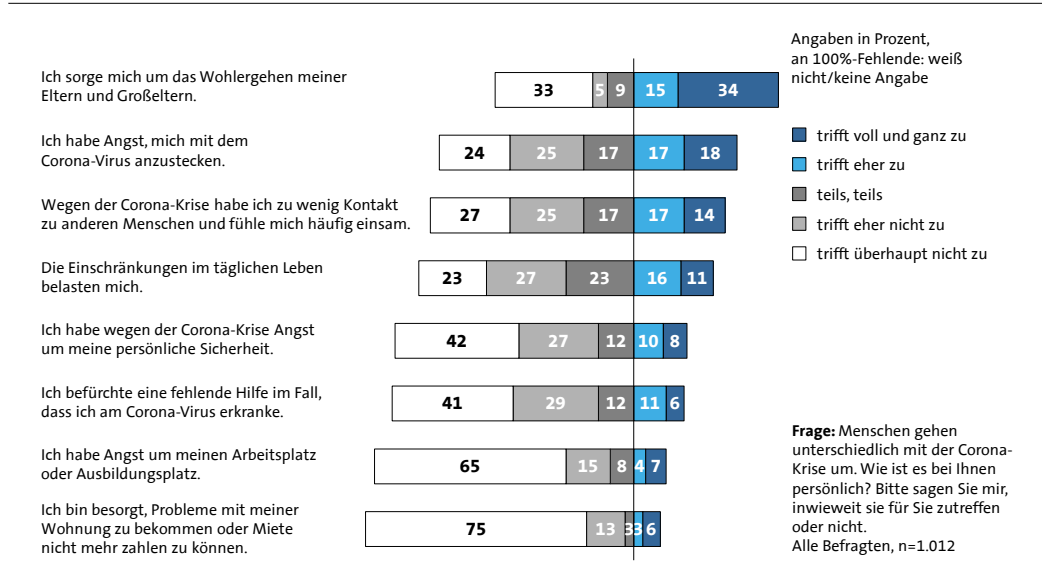
Dass die Krise das Ansehen der Volksparteien steigen lässt, äußern in der Gruppe mit niedriger Lebenslage 32 Prozent, mit mittlerer Lebenslage 42 Prozent und mit hoher Lebenslage 62 Prozent. Dass das Vertrauen in staatliches Handeln durch die Krise steigt, davon sind in der Bevölkerung mit niedriger Lebenslage 18 Prozent überzeugt (mittlere LL: 46 Prozent, hohe LL: 55 Prozent).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine konkrete Gefahr besteht, dass die Corona-Pandemie eine Spaltung der Gesellschaft verschärft. Denn die Bevölkerungsgruppen mit niedriger, mittlerer und hoher Lebenslage erleben die Situation in verschiedenen Aspekten höchst unterschiedlich. Während die Gruppe mit niedriger Lebenslage Angst um Geld, Arbeitsplatz und Gesundheit hat und eher wenig Vertrauen in die Unterstützung durch den Sozialstaat, empfinden Menschen mit hoher Lebenslage die Pandemie als einschneidendes Ereignis, dass sie aber mehrheitlich nicht weiter beeinträchtigt oder gar bedroht.

## Persönliche Sorgen in der Corona-Krise

Im persönlichen Umfeld bereitet das Wohlergehen der Eltern und Großeltern den Bundesbürgern die größten Sorgen. Rund jeder Zweite (49 Prozent) gibt dies an. Deutlich weniger haben Angst davor, selbst zu erkranken (35 Prozent). 27 Prozent der Bevölkerung empfindet die Einschränkungen im täglichen Leben belastend. Aufgrund des geringeren Kontakts zu anderen Menschen, fühlen sich 31 Prozent einsam. Bisher hat nur ein sehr geringer Anteil der Bundesbürger Angst um seine Arbeit oder darum, seine Miete nicht mehr bezahlen zu können. Wobei diese Sorgen so existenziell sind, dass sie sehr ernst genommen werden müssen, auch wenn sie nur kleinere Teile der Bevölkerung äußern. Immerhin jeder Dritte (33 Prozent) erwartet, dass die Corona-Krise auch positive Folgen für ihn hat.

**Persönliche Sorgen in der Corona-Krise**  
 Wohlergehen der Eltern und Großeltern ist größte Sorge



infaf

**Zukunftserwartungen für die kommenden sechs Monate**

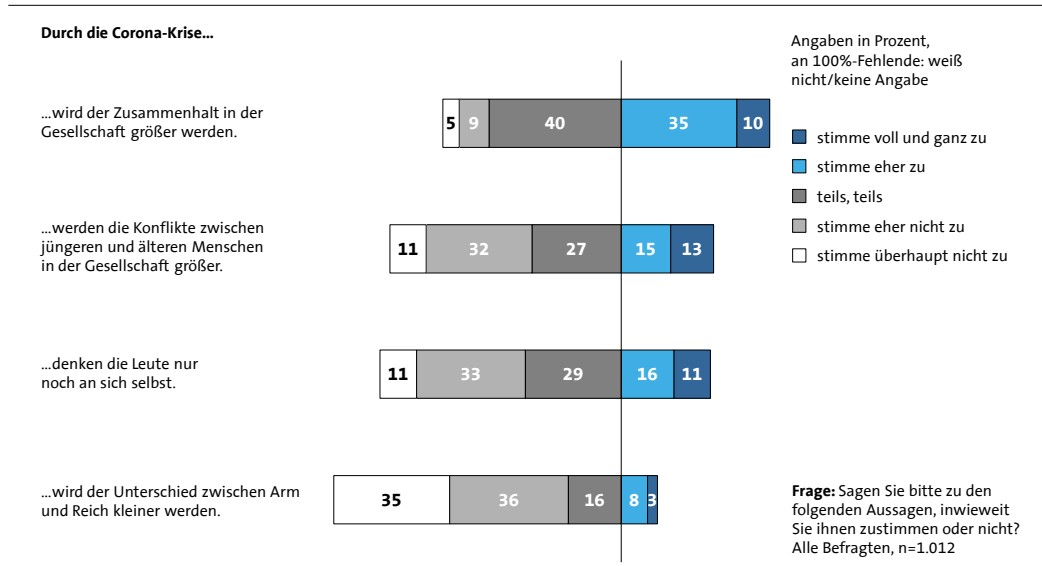
Welche Auswirkungen erwarten die Bundesbürger in den kommenden sechs Monaten aufgrund der Pandemie? Jeder Zweite (56 Prozent) befürchtet Einschränkungen der Bürger- und Freiheitsrechte (bereits vor dem Befragungszeitraum April wurden verschiedene Einschränkungen eingeführt). Annähernd die Hälfte (46 Prozent) erwartet deutliche Einschränkung ihres Lebensstandards. 26 Prozent sorgen sich, dass es zu Verdienstaussfällen kommt und 25 Prozent vor gesundheitlichen Einschränkungen.

Nur rund jeder Zehnte sorgt sich bisher, in den kommenden sechs Monaten seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Bei den 18 bis 24-Jährigen befürchten 21 Prozent und bei den 25 bis 34-Jährigen 25 Prozent einen Jobverlust. Sorgen, Geldprobleme zu bekommen, haben lediglich 14 Prozent der Bundesbürger.

**Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft**

Annähernd die Hälfte (45 Prozent) ist überzeugt, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft zunehmen wird. Dass durch die Krise die Menschen nur an sich selbst denken, glaubt nur ein Viertel. Ebenfalls nur ein Viertel ist überzeugt, dass die Pandemie die Konflikte zwischen Jung und Alt vergrößern wird. Bei den 18 bis 24-Jährigen ist allerdings mehr als die Hälfte dieser Meinung. Dass die Kluft zwischen Arm und Reich durch Corona kleiner werden wird, vermutet nur jeder Zehnte. In der Gruppe der Jugendlichen (18 bis 24 Jahre) erhoffen das deutlich mehr, nämlich 21 Prozent.

**Folgen der Corona-Krise I**  
 Mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft erwartet



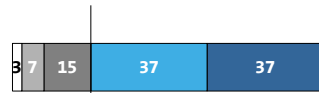
infaf

Rund 68 Prozent sind überzeugt, dass die Menschen aufgrund der Pandemie seltener zum Arzt gehen. Die Situation im Haushalt ist ein sehr relevantes Thema im Zusammenhang mit Corona (siehe auch Kapitel zur Kinderbetreuung): Jeder Zweite (53 Prozent) befürchtet, dass es durch die Kontaktverbote mehr Konflikte in den Familien gibt. Personen mit Kindern im Haushalt beurteilen diese These entspannter (45 Prozent Zustimmung) als solche ohne Nachwuchs zu Hause (55 Prozent). Andererseits sind 74 Prozent der Meinung, dass man sich wieder mehr auf die wahren Dinge des Lebens besinnt und 70 Prozent sind überzeugt, dass die Menschen wieder Kochen lernen.

### Folgen der Corona-Krise II Besinnung auf die wahren Dinge des Lebens

Durch die Corona-Krise...

...besinnt man sich wieder mehr auf die wahren Dinge des Lebens.



...lernen die Leute wieder kochen.



...gehen die Leute seltener zum Arzt.



...und die Kontaktverbote gibt es mehr Konflikte in den Familien.



Angaben in Prozent, an 100%-Fehlende: weiß nicht/keine Angabe

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils, teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu

Frage: Sagen Sie bitte zu den folgenden Aussagen, inwieweit Sie ihnen zustimmen oder nicht? Alle Befragten, n=1.012

Für die Bundesrepublik hat die Pandemie aus Sicht der Bürger nicht nur negative Folgen: 74 Prozent sehen den Digitalen Wandel durch Corona beschleunigt. Das Ansehen der Volksparteien ist für 47 Prozent gewachsen und 45 Prozent sind überzeugt, dass das Vertrauen in staatliches Handeln durch die Krise steigt.

### Folgen der Corona-Krise III Schnellerer digitaler Wandel, aber auch höhere Arbeitslosigkeit

Durch die Corona-Krise...

...wird die Arbeitslosigkeit steigen.



...wird der digitale Wandel beschleunigt.



...werden Schwächen im Gesundheitssystem deutlich.



...wird die Wirtschaft überfordert.



...verschuldet sich der Staat viel zu sehr.



...steigt das Ansehen der Volksparteien wieder.



...steigt das Vertrauen in staatliches Handeln.



...zeigt sich, dass das föderale System für ein gutes Krisenmanagement hinderlich ist.



...geraten Freiheit und Bürgerrechte in Gefahr.



...sind unsere Renten nicht mehr sicher.



...wird die Kriminalität steigen.



Angaben in Prozent, an 100%-Fehlende: weiß nicht/keine Angabe

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils, teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu

Frage: Sagen Sie bitte zu den folgenden Aussagen, inwieweit Sie ihnen zustimmen oder nicht? Alle Befragten, n=1.012

Wenig überraschend erwarten allerdings 91 Prozent wachsende Arbeitslosigkeit, 63 Prozent sehen die heimische Wirtschaft überfordert, 66 Prozent finden, dass durch die Pandemie die Schwächen im Gesundheitssystem deutlich werden. Die Hälfte der Bevölkerung glaubt, dass der Staat sich zu hoch verschuldet. Dass das föderale System hinderlich ist für ein gutes Krisenmanagement, glaubt ein Drittel (36 Prozent) der Bevölkerung. Ebenfalls ein Drittel (32 Prozent) sieht die Freiheit und Bürgerrechte in Gefahr.

## Umfassendes oder eingeschränktes Kontaktverbot?

Die Befragten wurden gebeten, ihre Zustimmung oder Ablehnung zu zwei möglichen Strategien beim Kontaktverbot zu nennen: Sollten umfassend alle Bürger durch Kontaktverbot geschützt werden, auch wenn die Wirtschaft darunter leidet? Oder sollten nur Risikogruppen (Kranke und Ältere) durch Kontaktverbot geschützt werden, damit die Wirtschaft möglichst wenig leidet?

Die Gesamtbevölkerung teilt sich hierbei in zwei etwa gleich große Lager: 46 Prozent votieren für die umfassende Strategie, die alle Bürger durch ein Kontaktverbot geschützt sehen möchte, auch wenn die Wirtschaft darunter leidet. 50 Prozent plädieren dagegen für die eingeschränktere Vorgehensweise, die sich auf Risikogruppen konzentriert, also Kranke und Ältere durch ein Kontaktverbot schützen möchten, damit die Wirtschaft weniger leidet.

Interessanterweise gibt es für den wirtschaftsfreundlicheren Kurs eine höhere Zustimmung in der älteren Bevölkerungsgruppe zwischen 55 und 64 Jahre (60 Prozent) und bei den nicht erwerbstätigen (58 Prozent). Auch im ländlichen Raum plädieren mehr (59 Prozent) für eine Lockerung des Kontaktverbots wie in Großstädten (44 Prozent). Das mag auch mit der geringeren Ausbreitung des Virus zusammenhängen.

## Die Arbeitsplatzsituation während der Pandemie

Bei etwa der Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen (56 Prozent) hat sich die Arbeitssituation aufgrund der Pandemie verändert. Jeder Dritte (34 Prozent) arbeitet inzwischen überwiegend von zu Hause aus. Jeder Fünfte (21 Prozent) baut aktuell Überstunden ab. Nur ein kleiner Anteil (12 Prozent) arbeitet deutlich mehr und etwa doppelt so viele (27 Prozent) deutlich weniger als vor der Krise. Bei einer deutlichen Mehrheit (60 Prozent) hat sich das Pensum nicht geändert. Kündigungen, Sonderurlaub oder vorgezogener Urlaub sind im Erhebungszeitraum April kaum ein Thema und allenfalls im einstelligen Prozentbereich eingetreten.

Das Informationsverhalten in den Unternehmen wird von einer großen Mehrheit positiv bewertet. Sowohl Geschäftsführung (71 Prozent) als auch unmittelbare Vorgesetzte (69 Prozent) informieren zufriedenstellend. Auch mit den Schutzmaßnahmen im Unternehmen sind sie mehrheitlich (71 Prozent) zufrieden. Die Unterstützung bei der Betreuung von Kindern ist ausbaufähig. Etwa die Hälfte der betroffenen Erwerbstätigen (49 Prozent) fühlt sie sich hier vom Arbeitgeber eher alleine gelassen. Die Arbeitszeit- und Homeoffice-Regelungen, die im Zusammenhang mit der Pandemie eingeführt wurden, werden von einer deutlichen Mehrheit positiv bewertet.

## Die Kinderbetreuung ohne Kita und Schule

Bei der Kinderbetreuung sehen sich Eltern während der Pandemie weitgehend auf sich selbst gestellt. 91 Prozent geben an, dass entweder sie selbst oder der zweite Elternteil überwiegend die Betreuung tagsüber übernimmt. Jeder Zehnte (11 Prozent) spannt die Großeltern – oft Risikogruppe – ein. Bei 19 Prozent übernehmen Geschwister des Kindes und bei 12 Prozent Verwandte oder Bekannte die Betreuungsaufgabe. Praktisch völlig außen vor sind erwartungsgemäß institutionelle Betreuungsangebote wie Kitas oder Schulen, aber auch Tagesmütter bzw. -väter.

## Einkaufen während der Corona-Pandemie

Kein Toilettenpapier, keine Nudeln, keine Hefe. Der Eindruck, dass alle mit der Krise begonnen haben, zu Hamstern, täuscht. 77 Prozent geben an, ihr Einkaufsverhalten nicht geändert zu haben. Rund 10 Prozent kaufen nach eigenen Angaben mehr online und 7 Prozent lassen sich Waren liefern. Nur knapp jeder Zehnte (9 Prozent) hat tatsächlich mehr als sonst gekauft und Vorräte angelegt. Die Gründe für das Hamstern lagen dabei vor allem in der Befürchtung, dass es zu einem umfassenden Ausgangsverbot kommt, dass auch Einkäufe mit einschließt und der generellen Einstellung, dass es wichtig sei, in Krisensituation Vorsorge zu treffen.

## Hinweise zur Erhebung

Für die Studie zu Corona wurden 1.012 Personen, die mindestens 18 Jahre alt sind und in Deutschland leben, telefonisch befragt. Die Studie wird auf Basis einer Dual-Frame-Stichprobe durchgeführt und schließt damit sowohl Personen mit Festnetz- als auch mit Mobilfunkanschluss ein (im Bruttoverhältnis von rund 60 zu 40). Diese Zufallsstichprobe erlaubt, anders als bei anderen Verfahren, die erhobenen Daten auf die Gesamtbevölkerung hochzurechnen und entspricht den hohen wissenschaftlichen Anforderungen einer Bevölkerungsbefragung.

Erhebungsmethode	Computergestützter Telefoninterviews (CATI)
Grundgesamtheit	Bevölkerung der Bundesrepublik ab 18 Jahren
Auswahlverfahren	Der Studie liegt eine Dual-Frame-Telefonstichprobe nach dem Häder/Gabler-Verfahren zugrunde.
Stichprobe	1.012 Interviews
Fragebogen	Neben den Fragen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie gibt es einen Fragenblock zum infas-Lebenslagenindex (ilex) und zur Soziodemografie.
Interviewdauer	Ein Interview hat im Durchschnitt rund 35 Minuten gedauert.
Befragungszeitraum	April 2020



**Über infas:**

infas ist ein privates und unabhängiges Sozial- und Marktforschungsinstitut, das Forschungs- und Beratungsleistungen für Unternehmen aller Branchen, für die Wissenschaft, die Verwaltung auf Bundes- und Länderebene sowie die Politik erbringt. infas ist eines der renommiertesten Forschungsinstitute in Deutschland und seit 1959 am Markt.

**Ansprechpartner bei infas**

Joachim Scholz  
Leiter Unternehmenskommunikation  
Tel. 0228/3822-448  
Fax 0228/310071  
E-Mail: [j.scholz@infas.de](mailto:j.scholz@infas.de)